

Bürgerinfo

EU-Vorschlag – europäische Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

WORUM GEHT ES?

- Unter Schwarzarbeit (oder nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit) sind bezahlte Tätigkeiten zu verstehen, die nicht gegen das Gesetz verstoßen, den Behörden aber nicht gemeldet werden.
- Schwarzarbeit hat negative Folgen für den Staat, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für Unternehmen:
 - beträchtliche Mindereinnahmen für den Staat aus Steuern und Sozialversicherungsabgaben
 - für die nicht angemeldeten Erwerbstätigen selbst:
 - schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Entwicklung von Kompetenzen
 - niedrigere Rentenansprüche
 - beschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung
 - Unternehmen, die nicht angemeldete Erwerbstätige beschäftigen, verschaffen sich unlauteren Vorteil.
- Die Hauptverantwortung für die Bekämpfung der Schwarzarbeit liegt bei den nationalen Behörden. Maßnahmen auf EU-Ebene können den Behörden jedoch helfen, wirksamer dagegen vorzugehen.
- Ein konkreter Schritt zur Bekämpfung des Phänomens wäre die Einrichtung eines europäischen Forums für **nationale Durchsetzungsbehörden** wie Arbeitsaufsichts-, Sozialversicherungs- und Steuerbehörden.

WAS WÜRD SICH ÄNDERN?

Der Erfahrungsaustausch mit Partnerbehörden aus der ganzen EU würde den nationalen Behörden dabei helfen,

- die Probleme besser zu verstehen und **geeignete Maßnahmen und Strategien** zu ihrer Bekämpfung zu finden;
- neue Instrumente zur Ermittlung grenzübergreifender Aspekte der Schwarzarbeit zu entwickeln und dadurch wirksamer **zusammenzuarbeiten**.

WER HÄTTE EINEN NUTZEN DAVON?

Die nationalen Durchsetzungsbehörden könnten Schwarzarbeit besser vorbeugen und abschreckend tätig werden, wovon letztendlich alle profitieren würden:

- **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** – verbesserte Arbeitsbedingungen und bessere Durchsetzung ihrer Rechte, sowohl im eigenen Land als auch in anderen Ländern Europas;
- **Unternehmen** – weniger unlauterer Wettbewerb durch Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht anmelden;
- **alle Bürgerinnen und Bürger** – höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen ermöglichen bessere staatliche Leistungen für alle.

WARUM MUSS DIE EU TÄTIG WERDEN?

- Da Schwarzarbeit in allen europäischen Ländern ein Problem ist, würden sie von einer besseren Zusammenarbeit bei diesem Thema profitieren.
- Die EU ist eine gute Plattform dafür: Sie verfügt über die Mittel, den nationalen Behörden beim Austausch bewährter Verfahren und bei der besseren Koordinierung vorbeugender oder abschreckender Maßnahmen zu helfen.

WANN TRITT DER VORSCHLAG VORAUSSICHTLICH IN KRAFT?

- Im Laufe des Jahres 2014.